

Oktober 2007

## **Pressemonitoring der türkischen Printmedien**

### **Deutsche Integrationspolitik im Spiegel türkischer Medien**

#### **Türkischunterricht in Raststatt**

**Der ehemalige Raststatter Oberbürgermeister Klaus-Eckhard Walker muss in diesem Monat seinen Posten für den neuen Oberbürgermeister Hans-Jürgen Pütsch frei machen. Nachdem die fünf Kandidaten bei den Wahlen am 16. September 2007 im ersten Durchgang weniger als 50% der Stimmen erhielten, wurden die Wahlen erneut für den 30. September 2007 angesetzt. Walker wurde unter Türkischstämmigen in Raststatt als „Verbots Bürgermeister“ bekannt, da er keinen Klassenraum für den Türkischunterricht zur Verfügung stellte.**

Am 02.10.2007 titelt die **ZAMAN** erfreut: „Der Wähler bestraft den Oberbürgermeister Walker, der die türkische Sprache verbat, an der Urne.“

Der neue Oberbürgermeister Raststatts, Hans Jürgen Pütsch, verdanke seinen Wahlerfolg vor allem auch den Stimmen der türkischstämmigen Wähler, so die **ZAMAN** weiter. Die **HÜRRİYET** titelt auf ihrer Schlagzeile am 02.10.2007 sichtlich erfreut: „Der Feind der türkischen Sprache ist nun in der Urne begraben.“ Die **HÜRRİYET** greift die Äußerungen des früheren Oberbürgermeister Walkers auf, der

den Gegnern des Türkischverbotes entgegnete, „Wem es nicht gefällt, kann gehen.“ Nun sei es eindeutig entschieden, dass Walker nach 16jähriger Amtsperiode gehen müsse. Grund für den Sieg des neuen OB sei, dass dieser die Stimmen der türkischstämmigen Wähler bekommen habe, da er der türkischen Sprache positiv gegenüberstehe. Am 09.10.2007 interviewt die **HÜRRİYET** den neuen Raststatter Oberbürgermeister, Hans-Jürgen Pütsch, der verkündet, dass das Verbot des Türkischunterrichts im nächsten Jahr aufgehoben werden solle.

## **Türkisch im Lehrplan**

Am 02.10.2007 titelt die **HÜRRİYET** auf ihren Europa-Seiten: „Türkisch soll in den Lehrplan aufgenommen werden“ und zitiert damit die Abgeordnete des Bündnis 90/Die Grünen, Bilkay Öney. Die integrationspolitische Sprecherin fordert, dass Türkisch zweite Fremdsprache werden solle, wobei sie die Relevanz guter Deutschkenntnisse betont: „Mein Deutsch bin ich meinem Türkisch schuldig.“ Diese Erfahrung werde auch von Wissenschaftlern bestätigt, so Öney.

Ali Çevik, Bildungsattaché des türkischen Konsulats in Münster, macht die Eltern der schulpflichtigen Kinder im Artikel darauf aufmerksam, dass nun sie gefragt seien, wenn es darum gehe, Türkischunterricht für ihre Kinder zu fordern. Bereits 12 Eltern, die einen Antrag an die Schulverwaltung für Türkisch stellten, seien ausreichend für eine positive Resonanz.

## **Zuwanderungsgesetz**

**Die umstrittene Gesetzesvorlage für die Neuregelung des Zuwanderungsgesetzes zieht nicht nur die Kritik der hiesigen türkischen Bevölkerung auf sich, sondern wird auch unter den Politikern in der Türkei thematisiert. Das Gesetz bindet den Nachzug von Ehegatten aus der Türkei an den Erwerb von Deutschkenntnissen.**

Die Zeitung **TÜRKİYE** schreibt am 05.10.2007, dass Claudia Roth, Parteivorsitzende der Grünen, in Ankara mit Ministerpräsident Erdoğan zusammen gekommen sei. Bei dem Treffen sei u.a. auch über das neue Zuwanderungsgesetz gesprochen worden, wobei Erdoğan Roth gegenüber, seine Enttäuschung zum Ausdruck gebracht habe. Am 16.10.2007 berichtet die **HÜRRİYET** über den ersten Prozess gegen das neue Zuwanderungsgesetz. Kläger

ist Mehmet Ince. Ince ist ein in Deutschland lebender türkischstämmiger Deutscher, dessen Ehefrau aufgrund von fehlenden Sprachkenntnissen nicht einreisen kann. In der Angelegenheit werde er vor Gericht vom Rechtsanwalt Volker Ratzmann vertreten, der auch Fraktionsvorsitzende des Bündnis 90/die Grünen ist. Ratzmann ließ gegenüber der Presse verlauten: „Das neue Zuwanderungsrecht verstößt gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes.“

## Deutsch-Kenntnisse

Am 01.10.2007 titelt die **ZAMAN** „Auch der Führerschein nur gegen Nachweis von Deutschkursen.“ In Baden Württemberg solle nach einer neuen Verordnung künftig der Führerschein nur noch an Leute ausgestellt werden, die Deutsch sprechen. Laut **ZAMAN** würde dies für die Fahrschulen einen erheblichen finanziellen Schaden mit sich bringen. Viele Fahrschüler würden in Folge den Führerschein in anderen Bundesländern erwerben. Das Gesetz werde, so der Wortlaut eines türkischen Unternehmers, außerdem zum Anstieg der Arbeitslosenquote unter Ausländern führen, da in einigen Berufen der Führerschein obligatorisch sei.

Die Zeitung **SABAH** verweist am 10.10.2007 auf die Frankfurter Rundschau. Nach deren Meldung dürfen Ehegatten erst nachziehen, wenn sie entsprechende Deutschkenntnisse nachweisen können. Künftig solle bereits beim Antrag auf ein Visum nach dem erforderlichen Sprachnachweis gefragt werden. Für Antragssteller würde dies eine Warteperiode von einem Jahr bedeuten, da die Kenntnisse erst nach einem 400-stündigen Kurs nachgewiesen werden können. Die türkische Gemeinde (TGD) äußert im Artikel, dass diese Praxis gegen das Grundgesetz verstoße.

## Interreligiöser Dialog

Die Zeitung **TÜRKIYE** meldet am 05.10.2007, dass das Deutsch-Türkische Forum der CDU (DTF) dazu aufruft, die Beziehungen zwischen Juden und Muslimen zu verbessern. Auf einer Pressekonferenz sagten der DTF Vorsitzende Bülent Arslan und DTF Vorstandsmitglied Zafer Mese, dass die muslimische Gemeinde sich gegen anti-jüdische Tendenzen wehren müsse. In einem Appell an die

muslimischen Verbände und den Zentralrat der Juden in Deutschland wurde die Bedeutung des Dialogs betont.

Am 12.10.2007 titelt die **ZAMAN** „Glückwünsche von Köhler zum Zuckerfest.“ Der Bundespräsident Horst Köhler ruft im Artikel die Muslime zum Dialog auf und wünscht sich für alle Kinder, ganz gleich welche Religionsangehörigkeit sie haben, eine gute Zukunft. Dies sei ein gemeinsames Ziel der Menschen. Er betont dabei, dass Muslime sich verstärkt um die Bildung ihrer Kinder kümmern sollten, denn dies würde den Dialog erleichtern. Auch am 16.10.2007 greift die **ZAMAN** diese Thematik im Artikel „Merkel verlangt einen Sprachtest vor der Schule“ auf. Die Bundeskanzlerin äußerte in dem Artikel, dass der Weg zu einem erfolgreichen interreligiösen Dialog nur durch die Bildung zu erreichen sei. Wichtig sei es hierbei „alle Kulturen gut zu kennen.“

## **Der Fall „Marco W.“**

**Der 17- jährige Marco W., der wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung eines minderjährigen Mädchens in der Türkei in Haft sitzt, muss seit sechs Monaten auf einen Urteilsspruch der Richter warten. Auch die vierte Verhandlung endete ohne einen Freispruch des Jugendlichen.**

Die **ZAMAN** titelt am 05.10.2007 „Die Anwälte von Marco W. haben gekündigt.“ Die Anwälte von Marco W., Jürgen Schmidt und Nikolaus Walther, bestätigten eine Nachricht, die jüngst in der „Uelzener Allgemeine Zeitung“, erschienen war. Es sei zwischen den Eltern von Marco W. und seinen Anwälten zu Spannungen gekommen. Daraufhin hätten die Anwälte sich vom Fall des 17jährigen Deutschen zurückgezogen. Beide wünschten Marco jedoch, dass die Verhandlung zu seinen Gunsten entschieden werde und der „Alptraum für die Familie W. bald enden“ solle. Am 19.10.2007 fordert die **HÜRİYYET** von der deutschen Regierung „Lasst den deutschen Marco und kümmert euch um türkische Justizopfer.“ Es wird über Cem Karabiber berichtet, der wegen des Verdachts auf Vergewaltigung eineinhalb Monate in Untersuchungshaft gewesen war und anschließend mit einer Kautions freigegeben wurde. Herr Karabiber erzählt über Diffamierungen, die ihm in Deutschland aufgrund einer falschen Aussage der Klägerin widerfahren seien. Trotz des Freispruchs werde er immer noch von der Gesellschaft geächtet. Als Gründe nennt er die falsche Berichterstattung und die Preisgabe seiner Identität.

Das Ehepaar Karabiber „fürchtet sich aus dem Haus zu gehen“, so die Zeitung weiter.

## **Kommunalwahlrecht für Nicht EU-Bürger**

Am 26.10.2007 titelt die **HÜRİYYET**: „Dies ist also der Wert, den man den Migranten beimisst“. Im Artikel kritisiert der Journalist Ali Varli, dass lediglich 20 von 613 Abgeordneten an der Parlamentssitzung des deutschen Bundestages teilgenommen hätten, in der das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU Bürger diskutiert wurde. Sevim Dağdelen, integrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, forderte bei der Sitzung in ihrer Rede die Einführung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU Mitglieder. Zudem machte sie darauf aufmerksam, dass einige EU-Staaten den Migranten bereits die Möglichkeit einräumten, an kommunalen Wahlen teilzunehmen. Integration sei kein „einseitiger Prozess“, so Dağdelen weiter. Während die SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag voll zustimmten, zeigten sich Sprecher der CDU-CSU und FDP ablehnend. Der Antrag wurde zur Prüfung an die zuständige Kommission weitergereicht.

## **Demonstrationen gegen die PKK**

**Die Anschläge der Terrororganisation PKK, in der Provinz Beytüşebap am 29. September 2007, kostete 12 Zivilisten das Leben. Bei einem militärischen Einsatz der türkischen Armee gegen die PKK kam es am 07. Oktober 2007 im Grenzgebiet zum Irak zu Gefechten in denen 13 Soldaten getötet wurden. Zwei weitere Soldaten starben einen Tag später in Diyarbakir.**

Am 29.10.2007 berichten nahezu alle in Deutschland erscheinenden türkischen Zeitungen über die in Europa durchgeführten Demonstrationen von Türkischstämmigen gegen die Arbeiterpartei PKK. Jede Zeitung greift auf, dass die Demonstranten den Terror „verflucht“ hätten. Die Zeitung **MİLLİYET** schreibt am 30.10.2007 über den Aufruf des Direktors der Stiftung Zentrum für Türkeistudien (ZFT), Prof. Dr. Faruk Şen und des Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), Kenan Kolat, einen „vernünftigen“ Umgang miteinander zu pflegen. Anlass für den Appell waren die Ausschreitungen

zwischen Türken und Kurden in Berlin. Kenan Kolat verdeutlicht im Artikel, dass der türkisch-kurdische Konflikt ausgenutzt werde, um Unterstützung für rivalisierende Gruppen zu mobilisieren. Diese Bestrebungen dürfe man nicht unterstützen. Zur Vernunft ruft auch Prof. Dr. Faruk Şen auf und betont nochmals sein Anliegen, ein „gegenseitiges Aufhetzen und Aufwiegeln“ zu unterlassen. Die Zeitung **MİLLİYET** berichtet in der Ausgabe vom 30.10.2007 auch über die Ausschreitungen in Berlin während einer gemeinsamen Veranstaltung von Kurden und Türken, bei der es zu Straßenkämpfen gekommen war. Unter dem Motto „Türken und Kurden sind Geschwister“ hatte die Mehteran-Gesellschaft in Berlin eine gemeinsame Demonstration durchgeführt. Die Polizei stoppte den angemeldeten Demonstrationzug und nahm laut **MİLLİYET** dabei 15 türkische Jugendliche fest, nachdem die friedliche Veranstaltung aus den Fugen geriet. Am 31.10.2007 nimmt die **MİLLİYET** unter dem Titel „Brutale Vorfälle bei Demonstrationen“ erneut Bezug auf die Vorfälle des Wochenendes in Berlin. Die Leiterin des Verfassungsschutzes Claudia Schmidt wird zitiert, die ihre Befürchtungen äußert, dass sich die Kämpfe zwischen Türken und Kurden von der türkisch-irakischen Grenze nach Berlin verlagern könnten. Zurzeit laufe eine Fahndung nach 1000 PKK-Anhängern und 300 Jugendlichen, die in nationalistischen Vereinen aktiv seien, so Claudia Schmidt. Der Senator für Inneres, Ehrhart Körting, gab bekannt, dass Ausländern, die sich an solchen Vorfällen beteiligten, eine Ausweisung drohe.

## **Debatte über die EU-Mitgliedschaft der Türkei**

### **Paragraph 301**

**Der umstrittene türkische Paragraph 301 sieht für die "Herabsetzung des Türkentums, der Republik und der Nationalversammlung" eine Haftstrafe zwischen sechs Monaten und drei Jahren vor. Der Straftatbestand wird um ein Drittel erhöht, wenn er im Ausland erfolgt. Besonders betroffen von dieser Rechtsprechung sind in der Türkei immer wieder liberale Schriftsteller und Journalisten. Berühmtestes Opfer des Paragraphen war Nobelpreisträger Orhan Pamuk (gegen den die Anklage allerdings wegen Druck aus dem Ausland fallen gelassen wurde). Brüssel verlangt die Abschaffung des Paragraphen, dem seit seinem**

## **Inkrafttreten viele Schriftsteller, Verleger, Journalisten und Intellektuelle zum Opfer fielen.**

Am 04.10.2007 titelt die **ZAMAN** „Historische Mitteilungen GÜls an die EU“ und berichtet über die Rede des Staatspräsidenten vor dem Europarat. Die wichtigsten Punkte, die Abdullah Gül dabei ansprach, bezogen sich vor allem auf den Paragraphen 301. „Er hat Europa sein Wort bezüglich des Paragraphen 301 gegeben“, titelt die **ZAMAN** am heutigen Tag weiter. Gül, der nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten Europa einen Besuch abstattete, habe versprochen, dass die Türkei den Paragraphen und die damit einhergehende Rechtsprechung ändern werde. Die deutliche Ansage von Abdullah Gül wurde in Europa positiv aufgenommen.

## **PKK-Terror in der Türkei**

Am 09.10.2007 berichten die in Deutschland erscheinenden türkischen Zeitungen über 13 türkische Soldaten, die durch die Arbeiterpartei PKK am Wochenende getötet worden seien. Dabei drucken die Zeitungen die Bilder der gefallenen Soldaten auf ihren Titelseiten und stellen sie in einer Kurzbiographie vor. Die **ZAMAN** titelt „Die Türkei weint um ihre Schützlinge“. Der Parteivorsitzende Deniz Baykal von der Republikanischen Volkspartei (CHP) fordert in dem Artikel, dass Politiker mit Verbindungen zu kurdischen Terrorgruppen inhaftiert werden sollen. Dem würde auch die EU nichts entgegensetzen, so die Meinung des Vorsitzenden. Der Terror müsse an der „Quelle gestoppt“ werden. Devlet Bahçeli, Parteivorsitzender der nationalistischen Bewegungspartei (MHP), sieht dies im Artikel ähnlich und verlangt nach einem grenzüberschreitenden Einsatz. Die Regierung in Ankara habe versprochen, jegliche Vorkehrungen gegen den Terror zu treffen, so die **ZAMAN**. Dies beinhaltet auch einen grenzüberschreitenden Einsatz.

Die Zeitung **HÜRİYYET** titelt am 10.10.2007 „Wir sind alle Eins“ und meldet, dass nun auch die türkische Regierung mit „erforderlichen Maßnahmen gegen die PKK in Nordirak vorgehen werde.“

Die türkischen Zeitungen in Deutschland berichten am 11.10.2007 einheitlich darüber, dass der Hohe Rat gegen Terrorismus den Einsatz des türkischen Militärs im Nordirak befürworte. Nach dem Ende des Fastenmonats werde man

den Einsatz türkischer Truppen zur Abstimmung vorlegen, so die Zeitung **SABAH**. Am 18.10.2007 berichtet die **ZAMAN**, dass der Einmarsch in den Nord-Irak mit 507 Stimmen von der Regierung bewilligt worden sei. 19 Parlamentsabgeordnete stimmten gegen einen grenzüberschreitenden militärischen Einsatz. Die Operation sei für ein Jahr angesetzt und richte sich nur gegen die Terrororganisation PKK.

Die **HÜRİYYET** titelt am 21.10.2007 mit dem Aufmacher „Gemeinsam Ja“. Im Artikel weist sie ausdrücklich darauf hin, dass außer der kurdischen Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP), alle Parteien für einen Militäreinsatz stimmten.

Am 23.10.2007 meldet die **HÜRİYYET**, die EU Kommission versichere der Türkei ihre „Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus“. Zitiert wurde Olli Rehn, der Kommissar für die EU-Erweiterung, der darauf hinwies, dass die PKK auch in der EU auf der Liste der Terrororganisationen stünde. Es müsse jedoch nach politischen Lösungen gesucht werden, da viele PKK-Kämpfer im Norden des Iraks untergetaucht seien. Auf ihrer Europa-Seite titelt die **HÜRİYYET**, „Deutschland verurteilt den Terror.“ Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen, in einem öffentlichen Schreiben seine Anteilnahme an den jüngsten Ereignissen kund: „Ich habe bestürzt von mindestens 12 getöteten türkischen Soldaten an der türkisch-irakischen Grenze erfahren.“ Steinmeier sprach den Familienangehörigen und der Türkei sein Beileid aus. Es sei jedoch wichtig, so Steinmeier, „die Fassung zu wahren“ und „nicht überstürzt zu Handeln.“ Auf der gleichen Seite der Ausgabe vom 25.10.2007, titelt die **HÜRİYYET** „Die deutsche Presse kann nicht Terrorist sagen.“ Dabei kritisiert die Zeitung, dass die PKK in den hiesigen Medien als „rebellisch“, die islamischen Fundamentalisten jedoch als „terroristisch“ bezeichnet werden. Das gleiche Phänomen könne man auch bei der Nennung der ETA (Kampf für Unabhängigkeit) in den deutschen Medien beobachten. Die ETA werde immer als Terrororganisation bezeichnet, wobei die PKK als „Arbeiterpartei“ oder als „kurdische Rebellen“ benannt werde.